



# #dieschmidt

der newsletter

15.02.2019

**Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

ich komme gerade aus dem DLF-Studio, wo ich an der Diskussionsrunde im Rahmen der Sendung „Wortwechsel“ teilgenommen habe. Die Sendung wird heute Abend um 18:05 ausgestrahlt und ist [hier als Podcast erhältlich](#). In der Sendung ging es um unser Konzept für den Sozialstaat der Zukunft.

Wir brauchen einen Kulturwandel im Sozialstaat. Wir wollen einen Sozialstaat, der als Partner auftritt. Einen Sozialstaat, in dem man **einfach und transparent** die Unterstützung erhält, die man braucht, um das eigene Leben **selbstständig und selbstbestimmt** zu meistern. Und einen Sozialstaat, der **Leistung belohnt** und das **Leben leichter macht**. Das haben wir am Wochenende festgehalten. Und ich bin stolz darauf. Vieles von dem, was wir beschlossen haben ([hier unser Konzept für den Sozialstaat der Zukunft](#)), weist in die **Zukunft**. Mit dem **Starke-Familien-Gesetz**, das wir gestern in den Bundestag eingebracht haben, gehen wir einen ersten wichtigen Schritt. Und wir schaffen zugleich eine gute Grundlage für die Kindergrundsicherung. Ich habe es auch gestern im Bundestag gesagt ([hier geht es zu meiner Rede](#)): für mich ganz persönlich waren die Verbesserungen durch das Starke-Familien-Gesetz ein entscheidender Punkt dieser Koalition zuzustimmen.

Wir haben ein umfassendes Konzept für den Sozialstaat der Zukunft beschlossen. **Die Grundsätze lauten dabei Solidarität, Zusammenhalt und Menschlichkeit**. Wir schaffen nicht nur die eigenständige **Kindergrundsicherung** für alle Kinder und lassen Hartz IV hinter uns, sondern wir setzen auch den Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit um: Wer lange Beiträge gezahlt hat, hat auch einen längeren Anspruch auf Arbeitslosengeld. Wir sichern und respektieren Lebensleistung: Wer 35 Jahre lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, verdient eine Rente oberhalb der Grundsicherung – ohne Wenn und Aber. Statt Spitzenverdienenden Steuergeschenke zu machen, machen wir **verantwortungsvolle Politik für gesellschaftlichen Zusammenhalt**. Denn die von der Union geforderte Abschaffung des Solidaritätszuschlags wäre ein jährliches Steuergeschenk an eine Bundesministerin von 3500 Euro, an Friedrich Merz von 24.000 Euro und für Dax-Vorstände von mehr als 100.000 Euro. Das machen wir nicht mit! Deswegen ist auch der Vorschlag von Hubertus Heil für eine **Grundrente** richtig – und finanzierbar.

Wer sich an den aktuell stattfindenden Debatten beteiligen möchte, kann dies natürlich wie immer im Ortsverein, in der eigenen Fraktion, in den sozialen Medien oder in den AGs tun (s. auch [spdldk.de/mitmachen](http://spdldk.de/mitmachen)). Selbstverständlich komme ich auch gerne vorbei – so wie kürzlich bei den Wetzlarer Ortsvereinen in Niedergirmes. Darüber hinaus haben wir unter [debattenportal.spd.de](http://debattenportal.spd.de) ein digitales Debattenportal eingerichtet.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB



Weltweit sind 250.000 Kinder und Jugendliche im Kriegseinsatz. Das können wir nicht hinnehmen. Deswegen gibt es seit 2002 den Red Hand Day.

## Grundrente

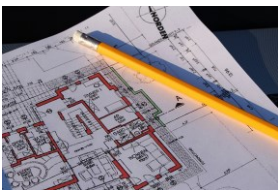
### Gerecht und finanzierbar

Ein großer Teil der Menschen hat jahrzehntelang gearbeitet. Sie haben Kinder großgezogen, Angehörige gepflegt, einen Beitrag zum Gemeinwohl geleistet. Nicht selten ist das Ergebnis eine so kleine Rente, von der es sich kaum leben lässt. Was folgt, ist der Weg zum Amt und die Grundsicherung. **Das wollen wir nicht länger hinnehmen.** Mit der geplanten Grundrente wollen wir dafür sorgen, dass sich die Menschen auf das Kernversprechen des Sozialstaats verlassen können: Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, muss im Alter ordentlich abgesichert sein. Und zwar besser als diejenigen, die nur kurzzeitig oder gar keine Beiträge geleistet haben – das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Es kann nicht sein, dass der Friseur, der 40 Jahre in Vollzeit auf Niveau des Mindestlohns gearbeitet hat von einer Rente von 512,48 Euro leben muss. Mit der Grundrente käme er künftig auf eine Monatsrente von 960,90 Euro.

Die Kritik:	Unsere Antwort:
Das ist nicht finanzierbar!	Der Bundesfinanzminister hat es durchgerechnet und das Geld ist da. Es ist eine Frage der Prioritätensetzung. Es geht um <b>Anerkennung von Lebensleistung</b> statt Steuergeschenken für Reiche.
Warum 35 Jahre?	Es wird immer eine Grenze geben. Wenn Grenzen gezogen werden, erscheinen Einzelfälle immer als ungerecht. Es geht um Respekt vor einem langen Arbeitsleben. Im Durchschnitt liegen 45 Jahre zwischen dem Eintritt ins Berufsleben und der Rente. Damit bleiben 10 Jahre Unterbrechungen, ohne den Anspruch auf Grundrente zu verlieren.
Da wird mit der Gießkanne verteilt. Es trifft die Falschen!	Die Grundrente trifft, wer 35 Jahre und mehr Beiträge geleistet hat. Um ihre Leistung geht es, sie verdienen Respekt. Eine Gesellschaft, in der sich etwa Frauen über ihre Männer definieren, ist längst nicht mehr aktuell. Wer arbeitet, hat für die eigene Leistung Respekt verdient, ohne auf die Ehepartnerin oder den Ehepartner zu schauen.

## Grundsteuer

### Unser Reformvorschlag



In einem Urteil von April 2018 hat das Bundesverfassungsgericht bemängelt, dass sich die Berechnung der Grundsteuer nicht an realen Grundstückswerten orientiert. Wird die Grundsteuer nicht bis Ende 2019 reformiert, darf diese nicht weiter erhoben werden. Den Kommunen würden dann rund 14 Milliarden Euro Einnahmen entfallen. Geld, das dringend benötigt wird, um Schwimmbäder in Stand und offen zu halten, Schulen zu sanieren, KiTas und Stadtbibliotheken zu betreiben – **kurzum, um das kulturelle und soziale**

**Leben vor Ort zu gestalten.** Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat daraufhin im November 2018 einen ersten Vorschlag für eine Grundsteuer-Reform vorgelegt. Nach einem Treffen Anfang Februar mit CDU und CSU, sind wir nun einen entscheidenden Schritt voran gekommen und zuversichtlich, dass wir bis Jahresende eine gute, verfassungsfeste und sozial gerechte Reform verabschieden werden. [...weiterlesen](#)

## Aus dem Wahlkreis



Als ich im Sommer Praxistag bei den Stadtwerken in Herborn gemacht habe, wurde ich auf den Breitscheider Verein Neustart aufmerksam gemacht. In der vergangenen Woche habe ich den Verein und das angeschlossene Betriebsgelände besichtigt. Dort können Jugendliche und junge Erwachsene Unterstützung finden, wenn sie aus Kriminalität, Drogen und unterschiedlichsten schwierigen Lebenssituationen heraus möchten ([Mehr dazu in der Pressemitteilung zum Termin](#)). Ein paar Tage vorher habe ich den Wetzlarer Standort von Continental besucht und habe mich mit der Geschäftsführung und

der Betriebsrätin Angela Banfield-Fox ausgetauscht. Um auf technische Weiterentwicklung und Veränderungen am globalisierten Markt zu reagieren aber auch Fachkräfte und deren Wissen hier vor Ort zu halten, hat der Betrieb die Arbeitsweisen umgestellt: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden sich nun in wechselnden Teams zusammen, um externe Aufträge zu bearbeiten ([Mehr dazu in der Pressemitteilung zum Termin](#)).



### ARBEIT. SOLIDARITÄT. MENSCHLICHKEIT

*Mit unserem Sozialstaatskonzept wollen wir die Weichen für eine gerechte Gesellschaft von morgen stellen. Unsere Grundsätze lauten dabei Solidarität, Zusammenhalt und Menschlichkeit. In den kommenden Wochen werde ich hier einzelne Aspekte des Konzeptes näher beleuchten.*

### HEUTE IM FOKUS: Wie stellen wir uns auf die flexiblen, sich ständig verändernden Bedingungen der Arbeitswelt ein?

Durch den technologischen Wandel wird die Arbeit nicht ausgehen, sie wird sich nur stark und immer schneller verändern. Unsere Antwort ist das „Recht auf Arbeit“. Das bedeutet für uns, dass sich die Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um jede und jeden Einzelnen zu kümmern. Mit einem **Recht auf Weiterbildung** sorgen wir dafür, dass wirtschaftliche Veränderungen keine Angst machen müssen und **sorgen so für mehr Chancen in der Arbeitswelt**. Gleichzeitig **stärken wir den Wert der Arbeit**: durch einen deutlich höheren Mindestlohn und eine Stärkung der Tarifpartnerschaften.